

Wochenchrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Marken
Erst 26. AUG. 1933

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr, Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Schrift 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 34

Berlin, 25. August 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 357: Die deutsche Sendung im Osten. — S. 358: Das deutsche Gerland. — S. 360: Ostentwurf über Österreich. — S. 360: Norbert Griehl der 2. Punkte. — Artikel in Folge. — S. 361: Verhöhnung? — S. 362: Die Deutsch-Politische Kammer. — Schöpfung der deutschen Nation in Österreich. — Zerfall des Ostbalkanens. — S. 362: Die letzten Julianskaiser. — Ostland-Rede. — S. 363: Stimmen aus deutschen Schulen. — S. 366: Raub der Schindler Werk. — Mitteilungen des BZC. — Aus der Arbeit des BZC.

Die deutsche Sendung im Osten.

Von Major a. D. Wagner, Mitglied des Führerates des Bundes Deutscher Osten.

Die weltliche Lösung der Neuaufgliederung des Raumes zwischen Rußland und Deutschland nach dem Weltkrieg hat lediglich den Balkan in einem breiten Streifen von Griechenland bis Italien vergrößert. Balkanische Zustände sind die Folge. Der ganze „Raben Osten“ ist in Gärung. Der lesbische Westen ging von zwei Grundfragen bei seinen Entscheidungen aus, von dem erst weltlichen Grundgedanken des Nationalstaates und von einer scharfen Unterscheidung zwischen Siegen und Besiegten, wobei die Besiegten immer zugleich die Schwachen die Sieger die Nichter waren. Dem kann entgegen, daß die Völker und Rassenkreise im Osten jäh bereits trotz der Kriege zu nationalem Bewußtsein erwacht waren, und daß die Erschütterungen des Krieges und nicht zuletzt die durch die deutschen Siege erlangte Freiheit den Drang, selbständige Nationalstaaten zu bilden, mächtig gefördert hatte. Das dabin also entsprach die weltliche Lösung dem Wunsch der besetzten Nationen. Sehr bald aber zeigte sich, daß die so klare und einfache Lösung: jede Nation bildet ihren Staat“ so, wie sich im Westen die großen Nationalstaaten gebildet haben, für die balkanischen Verhältnisse des Ostens nicht so ohne weiteres anwendbar ist. Und die Lösung wird unerträglich, wenn das Nationalitätenprinzip statt es in staatsmännlicher Klugheit zu mildern, durch den Siegerhaupdnkt noch verhärtet und verhärtet wird.

Zwischen England, Frankreich, Italien und Spanien gibt es klare, natürliche Grenzen, in die sich die alten Nationalitäten des Westens trotz aller Kämpfe schließlich doch im wesentlichen gefunden haben. Dem Osten fehlen diese Grenzen. Nationen, Rassen, Religionen und Konfessionen schieben sich aus vielfach durcheinander. Mischlinge und Mischgebiete aller Art entstehen und lassen klare und einfache Entscheidungen vielfach nicht zu. Auch der Begriff der „jungen Völker“, d. h. der Völker mit noch keifriger, natürlicher Vermehrung, ist in Wahrheit nicht so einfach einseitig anzuwenden. Völkern Osten und Ungarn sind fast rein agrarische Völker, und trotzdem ist ihre Fruchtbarkeit gering. Die Elteren sind viel vererbterter, haben aber eine viel stärkere Vermehrung. Dabei weisen Letztere, Osten und Ungarn weit mehr nach dem Osten, die „jungen“ Völker aber, Polen und Tschechen, weit mehr nach dem Westen. Das Kleinvolk der Letzen ist schließlich, das denochliegende der Letzter hat eine große räumliche Ausdehnung hinter sich, während Letztere heute nur zu bebauen. Große Nationen, wie die der 40 Millionen Russen, Ukrainer, sind erst im Erwachen, viel kleiner in flammendem Nationalbewußtsein.

Und in diesen gährenden Zuständen hat nun der Westen seinen Frieden, seine pazifistische, humanitäre mit dem Ergebnis, daß eine unlogische Ordnung entstanden ist und noch im Werden und Wachsen begriffene politische Zustände künstlich staatlich gebunden werden. So sind souveräne Staaten entstanden, „Nationalstaaten“, so groß wie eine preußische Provinz mit 2 Millionen Einwohnern, die nicht leben und nicht leben können, abgetrennte Provinzen, die aber nicht in Staaten sind, wie Ostpreußen, Freie Städte, die in Wahrheit unter fremdnationaler Herrschaft stehen, wie Memel, oder die in Wahrheit doch wieder Staaten sind, wie Danzig. Auf Seiten der Sieger gibt es „Nationalstaaten“, die eigentlich Nationalitätenstaaten sind, wie Polen mit 17 Millionen Polen und über 10 Millionen Fremdbürgern. Es gibt „Nationen“, die es gar nicht gibt, wie die tschechoslowakische, und es gibt auf Seiten der Besiegten „National-

staaten“, deren Nation Irredenten bei allen vier Nachbarn hat, wie die ungarische — kurz, der diktoristisch festgelegte Zustand ist trotz aller künstlichen Hilfsmittel, wie Korridore, Durchfahrtsrechte, Freiböden usw., auf die Dauer völlig unhaltbar.

Ist es da zu verwundern, daß die staatshepferische Phantasie sich von allen Seiten mit diesem in Gärung befindlichen Raum beschäftigt und hier ihre Zukunftsbilder erbaute, die aus Träumen und Visionen durch Wagner zur Tat werden können?

Am Kreml ist der Traum von der Weltrevolution noch nicht ausgeräumt, mögen sich auch die moskowitzischen Pläne härker noch ausgerollt haben und die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland dem russischen Bolschewismus stärksten Paroli bieten. Er wird deshalb doch den Raben Osten als seine Einflußsphäre betrachten, und es scheint sogar so, als ob gerade in letzter Zeit neben imperialistischen auch panslawistische Gedanken wieder lebendig werden, deren große Ziele dann wieder unerrückbar Konstantinopel und Danya wären. An jedem Saale bedroht die gewaltige russische Macht die Freiheit aller Nationen im „Raben Osten“ und lockt sie zugleich durch das liberale System der S. S. D. R.

Im Vatikan sieht man die primitive Gläubigkeit in der Tiefe des russischen Volkstums und die ohnmächtige Lage der orthodoxen Kirche. Es fragt sich, ob nicht gerade jetzt das mächtige Rom das Schisma der beiden katholischen Kirchen unter seiner Hehert beizulegen könnte. Polen würde hierzu braudatzen Abprüfung stehen können. Es hat die römisch-katholische Religion zur Staatsreligion erklärt, obwohl nur zwei Drittel seiner Einwohner römisch-katholisch sind, aber auch ein Teil seiner Ukrainer erkennt bei griechisch-katholischem Ritus den Papst als Oberherrn an — ein braudatzen Übergang.

Und Polen weiß das. Es wird genau so wie im Großen Kriege zwischen allen Vorteilen und allen Gefahren hindurch auf sein Ziel zuzueilen, eine politische Großmacht und die Weltmacht im Raben Osten zu werden, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.“ Es wird dabei vom Bolschewismus Vorteil zu ziehen suchen und am Antibolschewismus. Es wird Frankreichs Panerpalisbe für sich auszunutzen suchen und den englisch-russischen Gegenpart in der Weltpolitik. Es wird die Unterstützung der römischen Kirche gern annehmen und Italien durch ein Wirtschaftsabkommen auf seine Seite zu ziehen suchen. Alles letzten Endes gegen Preußen! Und gegen Deutschland, weil es nicht gelingt, auf dieses gegen Preußen aufzutreten.

Und hier beginnt nun Deutschlands Sendung im Raben Osten vom Heiligen her. Es kommt darauf an, einzig zu sein und in dieser Frage, und es kommt darauf an, durch eine deutsche Reichsidee eine neue Ordnung dem Raben Osten zu bringen, die es den Völkern dort ermöglicht, ihre nationalen Kulturen zu entwickeln nicht unter einer romanischen Pax, einem Zwangsvertrag, sondern unter einem Friedensbündnis, unter einem Zustand, der umfrieht ist von der Macht des Reiches.

Deutschland kann sich vieler Aufgabe gar nicht entziehen. Mit gewaltigen Kräften, räumpolitischen Inseln und Halbinseln ragt es in den balkanischen Raum des Raben Ostens. Mit allen Mitteln wird der Zusammenstoß von Deutschland und Österreich verhindert. Millionenstarke Irredenten, ungelöste Deutsche haben unter fremder und feindseliger Herrschaft. Deutsche Streubildungen durchsetzen

(Fortsetzung auf Seite 358 unten.)

Das deutsche Egerland.

Im Winkel zwischen dem sächsischen Grenzberg „Kopplenberg“ und dem Krüßberg mit dem Bismarkturm der hochaußen Eger liegt der fruchtbare Kalkfels des Egerlandes. Das dem Fichtelgebirge kommend, zündet sich das schmale Band der Eger in die Sandstoft hinein, um vorbei an allem Teil des Deutschstams in diesem Land der Elbe zu vereinigen, mit der sie, „aus deutschem Land kommend, ins deutsche Meer eilen“, wie es in einem Egerländer Volkslied heißt, dann weiterwandert. Der Mittelpunkt des Landes, das im engsten Sinne nur die Bezirks-Eger und die Wäldchen, im weiteren Sinne den sprachlichen Eigenarten nachgehend jedoch den ganzen Verlauf der Eger bis ins Saazer Becken umfließt, ist die alte Kaiserstadt Eger, ebendam reichste Stadt, wie heute noch die Volksknechtsbrunnen am Marktplatz („Waltl“ genannt) beweisen. Die deutsche Wiederbesiedlung des Egerlandes (wenn man überhaupt daran glauben will, daß die germanischen Vorfahren im Tage der Wälderwanderung hier gänzlich verschwunden gewesen sein sollten) ist schon vor dem Jahre 1000 wieder nachweisbar; 1061 wird Eger als „Gira“ urkundlich erstmals genannt.

Vohburger und Hohenhausen, Wittelsbacher und Habsburger, Wallenfels und seine reifigen Herr, Goethe, Schiller, der große Rokokoausmeister Daltbaur Neumann, der altdeutsche Südr Ritter von Schönerer, all dies Name der Zeit und Kunst und Politik kehren in der reich bewegten Geschichte Egers nieder. Es ist das Land der reichste Teil des sächsischen Staates. Das deutsche Egerland muß die Spitze des Reiches gemäßigter Staaten bilden, der am weitesten in den deutschen Volkkörper eingewirkt ist.

Zur Reichsausmittelbarkeit gelangte das Egerland unter den Hohenhausen. Friedrich Barbarossa, der oft zu Eger Hof hielt, ließ die Burg der Wäldchen im Jahre 1150 errichten, die er zu einer prächtigen Kaiserpfalz ausbaute, deren Zentrum um heute noch stehende Betrachter gewahren, wenn mit der Reste des herrlichen Bankettsaales, die gotisch-romantische Doppelkapelle und den „Schwarzen Turm“ belagert, der — aus dem Seisigstein aus Eger gelegenen „Kammerbühl“ erbaut — wie ein trüber Bergfried dieses Land bebütet. Es ist, als läge man ihm die Brandung der Geschichte an, die an diesem mächtigen Muffstein, der genau nach den vier Himmelsrichtungen ausgerichtet ist, heranfließt. Die verstrühten Hallen der Burg aber sind heute eine reiche Pflanzstätte der Altertumsforscher geworden, die hier deutsche Vergangenheit aus dem Schutt hervorholen. Nach 200jähriger Reichsausmittelbarkeit wurde im Jahre 1314 das zum Böhmerischen Reich gehörende Egerland an die böhmische Krone übergeben. Der böhmische König Jobst an der Spitze der Künigberger verordnete, in Kraft der die Verpfändung eilt sieben Jahre später, 1322 nach der Schlacht bei Amping, als Ludwig durch des Böhmenkönigs Mithilfe Deutscher Kaiser geworden war. Das Egerland behielt aber trotz Verpfändung unter böhmischer wie später unter österreichischer Herrschaft immer seine Selbständigkeit, eine Art Autonomie. Egers Privilegien wurden selbst in Prag und Wien allseitig geschützt, weshalb der Egerer seit 1721 (1722) die Rechte der Reichsstadt des Egerlandes zur Dramatischen Sanktion keine politische

(Schluß von Seite 357.)

darüber hinaus den ganzen Raum des Raben Ofens. Wir können nicht auf alles das verzichten. Wir können hier nur Anstoß oder Hammer sein und lassen wir uns zum Objekt unserer politischen Willens machen, dann werden „um einer neuen Ordnung willen“ die deutschen Trümmer im Raben Ofen zerklüftet und negegermt werden.

Wir müssen den raumpolitischen Ideen der anderen eine eigene deutsche Staats- und Reichsidee entgegenlegen. Das aber können wir ohne Gefahr tun, wenn wir selbst fest stehen, wenn wir einen deutschen Nationalstaat geistig und raumpolitisch aufbauen wollen, dessen im Raben Ofen im Südosten. Erst von diesem festen Stand aus werden wir als Nationalisten in der Achtung auch vor dem Nationalgefühl der anderen nicht die Herrschaft, aber die Führung im Raben Ofen übernehmen können. Hier liegt die staatsmännische Fiese in der letzten großen Reichstagsrede Adolf Hilters. Es gilt, Vertrauen insbesondere durch den kleinen Willen des Raben Ofens zu erwerben, und es leuchtet ein, daß ein föderatives, unabhängiges Deutsches Reich dies leichter erreichen wird als ein hart zentralistischer Nationalstaat. Auch hier hat das neue Deutschland im Reichstagsparlament einen Weg beschritten, der ohne jede Kleinfausterei zu einer gefunden Aufgliederung der deutschen Landesherrschaft führt und damit jede gefährdende staatspolitische Fänge im Raben Ofen offenbart — von der um der raumpolitischen Willen des Raben Ofens notwendigen Rückgliederung z. B. des Harzgebietes bis zum „eigenen Bündnis“, das z. B. mit Ungarn anzustreben wäre.

Darüber aber gilt es, das Erhalten zu sichern. Die Versäumnisse der Novemberregierungen müssen auch die nationalsozialistische Regierung zur Defensiv, nur soll und nicht darüber der Glaube und der Wille in absehbarer Zeit wieder aktive Politik im Raben Ofen treiben zu können, nicht verlorengehen. Es gilt vorerst, das deutsche Volkstum im Ostmark zu erhalten und zu mehren. Wie haben hier der vom Oberpräsidenten von Ostpreußen nach einschlägigen Weg, zu fiedeln, von den Städten her und durch deren Anwesenheit fächerichtig, entschlossen und mit eigenem Glück zu Ende gegangen, dann ist ein Anfang gemacht der deutschen Sendung im Raben Ofen.

Selbständigkeit nicht ausgenutzt hatte. Als sich 1918 die Vertretung der Egerländer selbst auf ihren abzutretenden Rechten, bei dem zum Böhmer Reich gehörenden Böhmerischen Landtag meldete, um diesen für die Wiedererlangung des böhmerischen gemessenen Egerlandes zu gewinnen, erklärte sich der Landtag für — unzulänglich! Das deutsche Egerland sah seinen Tag in der Geschichte verfließen, weil weder das böhmerische Königstaus noch die „Volksvertretung“ ein Interesse an seinem Schicksal hatten!

Erst nach der scheidenden Gefichtschreiber Dalacky in einer politischen Rede, in der er für die Selbständigkeit der Egerländer forderte, erklärte hatte: „Dem Egerland, meine Herren, müssen Sie haltmachen. Wenn Sie wollen, daß Ihre Rechte respektiert werden, müssen Sie auch die Rechte der Egerländer respektieren“, bestanden die Egerländer gleich dem anderen judenböhmerischen Gebiet auch das Egerland, und sie sind seit 14 Jahren daran, es mit national zurechtlichen Egerländern zu durchsetzen. Während 1911 kein deutsches Egerland in Eger lebte, weist die Volkszählung 1930 schon 12 000 E. einschließlich Militär auf. Das Tempo würde sich noch beschleunigen, wenn nicht der große Eilenbahnknotenpunkt Eger noch Reichsbesitz wäre, wodurch weiterer Zuweg von vielen hundert Egerländern vorerhand noch hinausgeschoben werden kann. Auch die Raben des Egerlandes nach der Ostgrenze und zur bayerischen Landesgrenze sind noch Reichsbesitz.

Die Egerländer sind einer der kernigsten Stämme des judenböhmerischen Volkstums. Die Ruhestätten der 3er Infanterie werden immer aus der Geschichte des österreichischen Heeres nachzulesen. (Winterliche Erläuterung des Vöcken, Niedererwigung Montenegro.) Der Egerländer ist ein konstante, ein Mensch, ein Gemütsstille hat er noch nicht vertaucht mit der Landluft in Anbaurt und Verkehr. Erzig ist der geräumige Egerländer Bauerhof auf freier, deruliger Scholle. Ein prächtiges Kennzeichen schließt jumeist die Einfahrt und im geordneten Viereck reihen sich Wohnhaus, Scheuer, Stall und Wagenpflanz aneinander. Weiß erhebt sich ein prächtiger Giebelstuhl in der Mitte des meilen Hofes. Leichtfarbiges Schindlerkarrt die Einfahrt des Wohnhauses und gemacht an französischer Zeit. Auch Franken wissen wohl auch die meisten Stammesgemerten des Egerlandes. So wie in seinem Baulist, so ist der Egerländer auch in seiner Tracht originell geblieben. Der Bauer trägt die weiten, schwarzledernen Pumphosen, am Halsband mit einem großen, goldenen Helmknopf verziert, der mit noch drei kleineren zugleich als Zier für die Brust. Unterleibchen reißt bis zum Hals heraus, der mit einem schwarzen Seidenhalstuch ummunden ist. Lange, zigarrenleberne Jagdhose, runder, breiter Silbhat, eine kurze Wadenschale, „Wala“ genannt, aus grüner oder brauner Farbe vollenden die Tracht. Auch die Tracht der Egerländerinnen mit den langen Rücken aus gebleichtem Wollstoff mit lebhaft bunten Farben ist sehr gefällig. Am Tage des Erntefestes, dem letzten Sonntag im August, zieht das gesamte Egerland in reicher, bunten Tracht zum Fest der Eger, und der Festbauher kann an diesem Tage ein 200 gemessenes, weiß helter, trüber Zug das Wesen des Egerlandes kennzeichnen, das das Schirmwort pflegt: „lana homot ius ois.“ Schon Goethe sagte: „Es ist ein markeres, abgeschlossenes Volkchen. Es habe die Egerländer wegen ihrer halbitalienischen Kleidung liebgenommen.“

Wie das Land, so ist auch die Stadt Eger voller Schönheit. Der geräumige, große Marktplatz mit dem aldringigen meiner schönen, hölzernen Pfister, weist als besondere Eigenart das „Stück“ auf, 12 zu einem Block vereinigte Häuser, die sich, gemäßigten Schutz suchend, aneinanderdrücken, am neben den großen, alten Dreiecksbauern der Rabenofenstadt als Einzelne nicht allzu unheimlich darzustellen. Denn neben ihnen erhebt sich das prächtige „Riedlhaus“ mit gotischem Erkerbogen und hochgezogenen Giebel. Daneben das „Stück“ mit einem wunderbaren Holzbaum, einer sehr reuhen Fassade mit figuralem Schmuck. Dann folgt das Wallensteinhaus mit schönem Hof, in dem an einer Wand zwei Marmorstatuen in goldener Schrift mit Singgedichten von Felix Dahn und Aurelius Polzer an die Egerer Volkstage von 1897 (Sturm gegen Baden) und 1922 (700-Jahr-Feier gegen die Verpfändung des Egerlandes) erinnern. Weitere trägt ein „Sprachstein“ Sinn und Art.

So war es. Und so ist es stets geblieben. In die Lieb und Kreuz unserm Volk gereicht, So waren wir und bleiben es allzeit. Zum eignen deutschen Geiste voll Vertrauen.“ So heißen mir Waldbrüchlingen Zukunft bauen.“ Im ersten Stock des Hauses befindet sich heute das Egerer Stadtmuseum und das Archiv; im gleichen Saale, in dem das Licht des großen Wallensteiners unter der Panne des Bankettsaales am 25. Februar 1654 erlosh.

Geht man in einer Mondhimmelnacht durch die alten, kleinen Gassen der „Alten Schlosses“, durch die einst die Schatten der Wallensteinen buchten, dann wird die Vorgeschichte der Vergangenheit dieser urbedeutlichen Stadt, die sich heute trotz scheidender Vergangenheit noch lebend, nicht lebend, nicht lebend, und die hohen gotischen Türme der Erbkantonskirche grüßen dann mit ihrem Namen „Erg und Kreuz“ in die Zukunft, daß auf diesen verlorenen Lande, um das sich sträßerweise bisher niemand gekümmert hat, wieder die Heimkehr ins Reich befrieden sein wird.

Hakenkreuz über Österreich.

Wenn Gold und Blut miteinander ringen, ist schließlich immer noch das Blut der Sieger geblieben. Zur klingende Münze können die Dollfuß, Wangoin, Sey und Starbemberg wohl sich selber, nicht aber die Österreichler an Frankreich und die Juden verkaufen. Die Deutschen Österreichs haben seit 1918 die gefährlichsten Segnungen der französischen „Sanierungspolitik“ hinsichtlich kennengelernt, sie haben die in Frankreich durch die Kollaboration des Vichy-Regimes unter Vichy-Herrschaft noch zu frisch in Erinnerung, und sie haben unter der gemeinsamen Raffinerie der Judenmetze, die sich wie ein Heuschreckenschwarm auf das sterbende Land gestürzt hat, zu bitter geühten, um noch einer Clique Gefolgschaft leisten zu können, die schamlos genug ist, sich gerade mit diesen Greibern und Kollaboranten der deutschen Not zusammenzutun.

Die deutsche Presse hat bis 15. März 1935 den Deutschen Österreichs nationalsozialistisch eingestellt, und wenn sie bemerkt, es sei unmöglich, daß die Nationalsozialisten Österreichs ihre Bestrebungen die Macht zu erringen, einleiten; und es sei genau so unmöglich, daß die reichsdeutschen Nationalsozialisten aufhören, ihnen Sympathie und Unterstützung zu geben. Die Leute um Dollfuß sind mit ihrem Verlaß, den Lapp des „nichtsüßlichen Österreichers“ zu konstruieren ebenso kluglos, wie die in einem geistesverwandten Landeserräter, die einmal daran dachten, den Lapp des „nichtsüßlichen Bagern“ zu schaffen. Von diesem Verlaß, der in Frankreich naturgemäß lebhaft Zustimmung und Förderung findet, ist schließlich nichts anderes übriggeblieben als ein terroristischer Kampf gegen die Nationalsozialisten, der in der Wahl seiner Mittel ebenbürtig mit dem lächerlichsten Qualität der Wiener Regierungsschule ist das Geißelwunder, das sie in ihrer Rechtfertigung einbringen: Wenn die „Schuldigen an einer politischen Straftat“ nicht zu ermitteln sind, dann werden kurzerhand andere Nationalsozialisten, auch wenn sie mit dem Fall offensichtlich und nachweisbar nicht das Geringste zu tun haben, zu schweren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Dabei werden völlig barocke Handlungen, wie etwa das Anmalen eines Pfandkurses an einen Säugling, als „laas-gefährliche Verbrechen“ mit mehrmaligen Arrest- und hohen Geldstrafen geahndet. Und sind die Täter nicht zu ermitteln, so werden — wie es im Vorbericht der Fall ist — irgendwelche andere, als Nationalsozialisten bekannte junge Burshen von der Dollfuß-Dollfuß selbstenommen und mangelsamt zu „Putschführer“ zusammengefaßt; mit dem Verlaß ihrer Existenz und Heimat bedroht, auf keinem anderen Grunde, als weil sie sich durch die Kat zur großdeutschen Idee und zum Gedanken des Dritten Reiches bekennen. Die Beispiele für die Gehäßigkeit der Gesinnung, die in den Kreisen der bereits führenden Politiker Österreichs herrscht, stehen sich beliebig gegenüber. Nicht nur das deutsche Volk Österreichs wie jenseits der Reichsgrenzen, sondern auch das ausländische denkende Ausland, das, soweit es über die gegenwärtigen Zustände in Österreich richtig unterrichtet ist, den Stab über die Dollfußclique gebrochen. Es ist für die aufrechten Nationalisten aller Völker immer ein unangenehm nichtwürdiger Anblick gewesen, wenn führende Politiker die Hilfe des Auslandes gegen die Bevölkerung ihres eigenen Staates anrufen. Das ist hier heute in Österreich abermals geschehen, und es ist nicht mehr ein Kampf von Parteien gegeneinander; das ist ein Kampf der Regierung gegen das Volk. Der Terror, mit dem sie den Nationalsozialismus bekämpft, entpringt nicht mehr einem Gefühl der äußeren Stärke und des inneren Wertes, sondern dem beklemmenden Gefühl der Angst vor Vergeltung.

Am Legitimistlager beginnt es. Die Schwelgerei Dollfuß, Sey, Starbemberg und Wangoin haben aufeinander, gegeneinander zu intrigieren. Es heißt, daß dem Fürsten Starbemberg von seinen Ministerkollegen Schwierigkeiten gemacht werden; nicht etwa deshalb, weil er z. B. einmal in einem Pariser Blatt den Konigler des Deutschen Reiches als einen „Komplizen von Terroristen und Mördern“ bezeichnet hat. Das ist für die Leute um Dollfuß kein Grund, mit diesem Gelmanne unzufrieden zu sein. Aber verlegte können sie es nicht, daß Starbemberg höher hinaus streben will, als die Partei um Dollfuß, daß er mit dem Gedanken umgibt, sich zum Statthalter von Österreich zu proklamieren und seine eigene Diktatur aufzumachen. Dort wo es gilt, Entscheidungen zu treffen, die nicht nur auf den Augenblick beschränkt sind, tritt sofort die Uneinigkeit und Parteilichkeit in Regierungslager deutlich zutage. So bei der geplanten „Wahlreform“, durch die man hofft, dem gegenwärtigen Regime ein wenig mehr Stabilität und Festigkeit zu geben zu können: Da stehen dann Wiener Zentralisten und Länderpartikularisten gegeneinander; da streiten miteinander die Vertreter bündnislicher Ideen und die Vertreter demokratischer Gedanken; da verhalten die einen, aus Konkurrenz der alten Parteien eine „vaterländische Front“ zustande zu bringen, und die anderen bemühen sich, ein Konkurrenzunternehmen unter dem Namen einer „Nationalen-Ständlichen Front“ auf die Beine zu stellen.

Es ist schlecht um Dollfuß bestellt: Die Sinnlosigkeit und Niedertracht des Terrors hat wohl die offene Verdrängung der ASDP unterbunden; aber sie hat zugleich die nationalsozialistische Idee nur um so tiefer und allgemeiner in die Herzen der Österreicher gesenkt. An dem erkrankten SA-Mann, den die Dollfußpolizei einen „Gang“ auf der Festschleife liegen ließ, an dem Anbrucker Fritz Dr. Conzberger, der als Geisel zu liefern das Arrêt verweigert wurde, weil unbekante Täter an öffentlichen Plätzen Hakenkreuze angebracht hatten, und an den zahllosen Anbetern, die in Blutzügen und Märtyrern des großdeutschen, nationalsozialistischen Gedankens geworden sind, wurde die Kraft einer völkisch-sittlichen Idee offenbar, der die Wiener Regierungsschule nichts anderes entgegenzusetzen hat als die Freundschaft der Juden, die Sympathie der Marxisten und die Gehörlosigkeit der Nationalisten. Um sich das Arrêt verweigert zu erhalten, lehnten Dollfuß und seine Leute vor keiner Verschimpfung Deutschlands, vor keiner Selbstherabwürdigung und keiner Verräterei an eigenen Volkstum zurück. Die Pamphlete Starbembergs, die Bittelreiter des Bundeskanzlers ins Ausland, die Hetzreden des Sicherheitsministers und das Auftreten der legitimistischen Delegierten Österreichs auf dem Weltkongreß des „Pen-Clubs“ in London, die Teilnahme der internationalen Vertretergruppen in Santander sind beständige Beispiele einer mehrerbarmten Gesinnung.

Es scheint, daß man auch in Frankreich kein großes Vertrauen mehr zur Lebensfähigkeit des Dollfuß-Regimes hat. Man ist sich dort, wie es in „Echo de Paris“ kürzlich hieß, im klaren darüber, daß Neuwahlen in Österreich „zum mindesten im Augenblick“ pausieren der Nationalsozialisten ausfallen werden. Großen Stolz macht man in Paris nicht über die Tatsache, daß Österreich unter allen Umständen zu eigenem Lebensfähigkeit zu verhelfen, und das um so mehr, als man einleitet, daß eine Donauregelung, wie sie die französische Diplomatie niederholt versucht hat, sich bis auf weiteres als undurchführbar erweisen hat. Das einzige Mittel, das Frankreich zur Hand hat, um die „Selbständigkeit“ Österreichs zu sichern, ist die „Ehre“. Und das ist dieses kümmerliche „Gebilde“, das sojenart und so lebensfähig gemacht werden kann, haben die Leute, die es nunmehr dahingegeben, wohl hinreichend gemerkt. Wenn die Wiener Politiker etwa noch im Ernst von der Kaufmanns Anleihe die „Rettung“ Österreichs erwarten sollten, dann könnte man sie nur als verblendete Illusionisten bezeichnen. Denn von den 300 Mill. Schilling wird Österreich kaum mehr als 25 Mill. Schilling wirklich in Anspruch nehmen, und die 275 Millionen werden für die fälligen Schulden zu geben. Mit dem kleineren verbleibenden Rest aber läßt sich kein in Ordnung und Boden geordnetes Staatswesen auf ein gesunde finanzielle Grundlage stellen. Aberdies ist es noch zweifellos, man die Gläubigerstaaten die jeinerzeit in Casuarine verlorene Analyse auflegen und ob sie überhaupt noch bereit sein werden, ihr Geld der schwankenden Regierung eines bankrotten Staates zu vergen.

Nur in Paris ist man aufeinander auch jetzt noch bereit, das Dollfußsystem auch weiterhin durch die Ergrabe neuer Geldmittel zu stützen. Aber es sieht doch so aus, als ob selbst die frankophilen Legitimisten in Wien von den französischen Hilfsmethoden nicht mehr viel hielten. Der neue Verlaß, den Dollfuß jetzt Mussolini abgeholt hat, sieht das Bestreben erkennen, enger Verbindung mit dem italienischen Vorkurs zu suchen, um mit besten Unterstützung eine Neuauflage in die Wege zu setzen, die Österreich eine wirtschaftliche Lebensfähigkeit gibt. An der amtlichen italienischen Mitteilung über den Verlauf der Aussprache der beiden Regierungschefs heißt es, daß Dollfuß den Gedanken einer Zusammenarbeit Österreichs mit Ungarn und Italien und — „womit möglich“ — auch mit Deutschland vertritt. In Frankreich ist man über das Ergebnis der Zusammenkunft von Nicotone gegenüber Deutschland sehr wohl im Saute. Die Aussprache geht ganz ohne „Vorzweifen“ einer „Passier Fremde“ und Mussolini verhandelt haben? Ist ihm in Paris nicht etwa nahegelegt worden, die Donaufrage dazu zu benutzen, Mißtrauen und Vermittlung zwischen Italien und Deutschland zu wecken, deren freundschaftliches Zusammengehen man in Paris schon seit langem mit wachsender Vorbeugung verfolgt? Raadum hat Italien bisher in der schwachen Donaufrage stets korrekt gegenüber Deutschland verhalten, hat, ist aber kaum anzunehmen, daß Dollfuß mit einem derartigen Intrigenspiel, wenn er versucht haben sollte, Erfolg gehabt hat. In Frankreich spricht man von einer Schiedsrichterrolle Mussolinis im Donauvertrage und von einem in der Dichtung begriffenen Viererblock Berlin-Rom-Wien-Duapapel.

Die reichsdeutsche Politik der Wiener Legitimisten hat das Wirtschaftswelt Österreichs in neue, noch gefährlichere Schrecken umgewandelt, sie ist mit nationalsozialistischen Einwirkungen zum Deutschen Reich zurückgeführt. Hierbei spielt die von der Regierung Dollfuß provozierte Abfälligkeit des reichsdeutschen Fremdenverkäufers, der selbst noch gemäßigten Schwabungen jährlich rund 100 Mill. Schilling ins Land gebracht hat, eine entscheidende Rolle. Das Ausblenden der reichsdeutschen Wähler, die um ihrer persönlichen Sicherheit willen von dem Callabus des Dollfußsystems abgelenkt werden mußten, hat die Rot der Wiener Legitimisten ermöglicht. Es ist für die Gesinnung der Wiener Legitimisten überaus charakteristisch, daß sie sich mit der weh- und demütigten Bitte,

(Fortsetzung auf Seite 360 unten.)

Verständigung?

Die „Gazeta Polska“ schrieb über die Rede des Danziger Senatspräsidenten vom 8. August: Dr. Ruchnigun gehe in seinen Erörterungen über Danzig und Polen hinaus und bemühe sich, das Danziger Problem als einen Prüfstein der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu erfassen. Es gäbe allerdings, so heißt das polnische Regierungsblatt, keine rechtlichen Grundfragen dafür, diese Frage in ein solches Rahmwerk zu leiten; die rechtfertige die politische Wirklichkeit der Verhältnisse anzuerkennen, dem ungelöst habe die Einstellung der Berliner politischen Kreise die Linie der Danziger Politik erheblich beeinflusst. Viele Bemerkungen der „Gazeta Polska“ sind vollkommen richtig. Danzig war von jeher ein Teil, und zwar ein sehr wesentlicher Teil des gesamtdeutschen Problems; was zwischen Danzig und Polen selbst, interessierte Deutschland zunächst gar nicht, sondern nur insofern, als es ausgereizter als nur dem polnischen Willen. Denn in Danzig und im Reich herrscht heute ein politischer Wille: die nationalsozialistische Idee bestimmt hier die dort in gleicher Weise die Grundgedanken des polnischen Handlens. Für die NSDAP in Danzig sind die Richtlinien einer friedlichen Politik, die der Führer in seinen großen Reden entwickelt hat, genau so maßgebend wie das Reich. Insofern trifft es auch zu, daß der Versuch einer Verständigung mit Polen, den die Danziger Regierung unternimmt, ein Prüfstein für die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Annäherung ist. Denn es ist klar, daß es für Polen kaum möglich sein würde, mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu einem freundschaftlichen Einvernehmen zu kommen, wenn sich die Danziger nicht dem nationalsozialistischen Danzig im Falle der gegenwärtigen als dem einzigen in der Welt bestehenden Modell; und andererseits liegt es auf der Hand, daß eine Danzig-polnische Verständigung unter Umständen sehr wohl die Grundlage eines deutsch-polnischen Friedens abgeben könnte. Den Polen wäre es allerdings lieber, wenn es bei den Verhandlungen, die zur Zeit in Warschau stattfinden, nicht nur rechtlich, sondern auch politisch und vor allem ausschließlich mit Danzig zu tun hätte. Es ist ihnen anheimelnder und angenehmer, die Auslegung der Verhandlungen, sei er positiv oder negativ, als eine grundsätzliche politische Stellungnahme zum nationalsozialistischen Deutschland aufgesetzt werden kann.

Die Polen sind, wenn man ihren Zeltungen glauben will, zu einer Verständigung mit Danzig „natürlich“ bereit. Es ist immerhin festzustellen, daß die polnische Presse schon länger Zeit ihre volle alltägliche Heftigkeit gegen Danzig nie auf gegen Deutschland abgeschwächt, wenn auch nicht eingeklinkt hat. Es wäre jedoch verfehlt, wollte man daran einen festzusehenden Gefinnungsanstoß erblicken. Man weiß aus dem Verlauf der Verhandlungen, daß die polnische Presse in der letzten Zeit eine gewisse Zurückhaltung beobachtet hat, die sich nicht nur auf die Danziger und Deutschland beschränken kann. Man wird gut daran tun, die derzeitige Zurückhaltung (meistens vorerst) lediglich als taktische Maßnahme zu werten, und zwar als eine Maßnahme, die ihr von deutscher Seite durch die ungenügende Bereitschaft der nationalsozialistischen Streitkräfte gegenüber zu Deutschland zu bringen, die sich in der deutsch-polnischen Verständigungsbereitschaft auf sich hat, hat sich schon beim Beginn der Warschauer Verhandlungen über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen sehr bald gezeigt. Die „Gazeta Odsaska“, die der diplomatischen Vertretung Polens nahesteht, hat von vornherein eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, von deren Annahme noch politischer Zweifel eine Verständigung über die Hafenanfrage abhängig sein soll. Zu diesen Bedingungen gehört unter anderem, daß Danzig sich dazu bereithalten soll, die polnische Propaganda zu unterbrechen! Diese Forderung ist für die Tendenz der polnischen Verständigungsbereitschaft überaus bezeichnend; sie sieht darauf ab, Danzig in der Frage der polnischen Meerespolitik auf die gleiche Linie zu ziehen und damit in eine politische Gegenwart zu Deutschland zu bringen, die sich zur Zeit als bekannt, daß die polnische Meerespolitik nicht einer militärischen Notwendigkeit, sondern einem ausgeprägten deutsch-feindlichen Machtstreben entspringt und einen der wesentlichsten Faktoren der Korridorpolitik der Warschauer Regierung darstellt. Warschau will alle, daß Danzig sich an diesen wirtschaftlich freilichsten antideutschen Erlebnis der polnischen Propaganda beteiligt und, da es einen Nationalisten wie dem Reichshilfsinstitut in Thorn Hilfsdienste leistet. Es versteht sich von selbst, daß die Danziger Regierung auf beratige politische Klausein einer Zusammenarbeit mit Polen nicht eingehen kann. Denn Verständigung mit Polen darf und kann für Danzig niemals Entfremdung gegenüber dem Reich bedeuten.

Bei einigen anderen Bedingungen, die von der „Gazeta Odsaska“ angebracht worden sind, kann man zunächst den Eindruck haben, daß sie den Danziger Interessen entsprechen; so, wenn die Senkung der Danziger Hafengebühren und Vorkaufskosten, die Eröffnung neuer unmittelbarer Schiffahrtslinien gemeinsam mit polnischen Wirtschaftskreisen und der Leichter des Danziger Hafens, und die Danziger Wirtschaft. Bei einigen anderen aber erkennt man sehr bald, daß diese Forderungen das Bestreben jugrunde liegt, Polen einen härteren Einfluß auf dem Danziger Hafensbetrieb zu verschaffen und das durch die Einmündung des Hafenauslasses ohnehin schon entscheidend geschwächte Verfügensrecht Danzigs über seinen Hafen noch weiter zu schmälern. Was beispielsweise die Senkung der Danziger Hafengebühren an-

langt, so ist zu bemerken, daß der Danziger Hafen — anders als der Hafen von Gdingen, der von staatlichen Beihilfen lebt, — noch kaufmännischen Gesichtspunkten demotiert wird. Eine Senkung der Danziger Gebühren würde einen Einnahmehausfall bedeuten, der den Hafenausbaulast von dem Staatgeheimt werden und die freie Stadt mit Zuschüssen belassen würde, die sie überhaupt würde aufbringen können, so daß zu befürchten wäre, daß Polen verlorene, aus dieser neuen Veranlassung Danzigs politischen Nutzen zu ziehen. Andererseits wird aber auch der Danziger Seite die Notwendigkeit einer Angleichung der Hafengebühren in Danzig und Gdingen betont. Auch der Sachverständigen-Ausschuß des Völkerverbundes hat sich im September vorigen Jahres dahin geäußert, daß die durch die öffentliche Hand erhobenen Gebühren in beiden Häfen die gleichen sein sollen, daß Danzig dementsprechend seine Gebühren auf dem Gdingener Stand herabsetzen. Polen jedoch verpflichtet sein soll, dem Danziger Hafenausfluß den Unterchied zwischen den von ihm für notwendig gehaltenen und dem in Gdingen geltenden Gebühren zurückzuführen, über eine solche Regelung ließe sich allenfalls diskutieren. Un diskutabel aber ist die mit der erwähnten polnischen Forderung offenbar verbundene Absicht einer noch härteren politisch-wirtschaftlichen Überforderung des Danziger Hafens.

Aus dem Gesagten läßt sich unklar die schwierige Situation erkennen, in der sich bei den Verständigungsverhandlungen Danzig Polen gegenüber befindet. Wenn man in Polen von einer „Verständigung“ mit Danzig spricht, so hat man im Auge eine friedliche Durchbringung gemeint; und unter „Zusammenarbeit“ mit Danzig hat man nie etwas anderes als die Unterordnung der freien Stadt unter das polnische Machtstreben verstanden. Zur Anerkennung Danzigs als gleichberechtigten Partner hat man sich in Polen noch nicht aufschwingen können. Eine wirkliche Verständigung ist aber, wie schon so oft im Verhältnis zwischen Danzig und Polen nur auf der Grundlage einer freiwillig anerkannten Gleichberechtigung möglich. In dieser Hinsicht ist das Danzig-polnische Verständigungsproblem zunächst einmal eine psychologische Frage.

Auf Danziger Seite ist die psychologische Verständigungsanforderung vorhanden. Das deutsche Volk und somit auch das Danziger Volkstum stellt nach dem Siege des Nationalsozialismus dem Auslande gegenüber eine willensmäßige Einheit dar. Das Wort „Verständigung“ hat für Deutschland den üblichen Weisheitsmaßstab verloren, der ihm in der Zeit der Gefährdungspolitik beigemessen werden mußte. Die nationalsozialistische Regierung eine Verständigung mit Polen sucht, so tut sie das als Sachwalterin einer auf ihren Lebenserben bis zur letzten Konsequenz beherrschenden Nation und nicht als Exponentin einer von internationalen Ideologen angegränzten Interessengruppe. Wenn heute Danziger Stilllegung einer Einladung polnischer Diplomaten folgt, so tut sie das als selbstbewußte Trägerin des deutschen Zukunftswillens, ohne daß etwa zu befürchten wäre, daß sie die persönliche Verantwortung ihrer polnischen Gastgeber für einen hinterzogenen Beweis politischer Jungelei jagt. Und wenn die Regierung der freien Stadt heute den Polen in Danzig auf kulturellem Gebiete eine großzügige Entlohnungsforderung gemeldet, so geschieht das in der Gewißheit, daß ihr Entgegenkommen für ein kulturell in sich gefestigtes und politisch geeinigtes Volk keine unrentable Gefahr in sich trägt. Die Danziger Politik hat sich in der letzten Zeit von der Haltung einer „Verständigung“ zwischen zwei Völkern nur Menschen sein können, die sich rückhaltlos als Nationalisten bekennen, daß aber Marxisten und Sozialisten zur Herbeiführung einer Verständigung untauglich sind, weil sie meinen, sich erst von eigenem Volkstum entfernen zu müssen, um sich einem anderen nähern zu können. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die polnische Öffentlichkeit, sondern geistiger Abkampf ist das Wesen der nationalsozialistischen Verständigungspolitik, ein Abkampf, der, wenn er ehrlich geführt wird, zu gegenseitiger Achtung im politischen Leben führt, wie sie im Reize der Frontsoldaten über das Niemandsland hinweg mit jenem Geiste nicht nur in der Welt, sondern auch in der Politik, diese psychologische Voraussetzung zur Verständigung in Polen zu schaffen. Dieser läßt sich nur sagen, daß die polnische Öffentlichkeit die neue geistige Haltung, die der Nationalsozialismus in die Öffentlichkeit hineingebracht hat, noch nicht erfaßt hat, der noch rasch gegenübersteht und sie mit dem Teil Generationen gewanderten Mitbürgern betrachtet. Bringen es die Polen fertig, dieses grundsätzliche Mißtrauen zu überwinden, dann liegt die Verantwortung der Danziger Politik, eine Wendung von geschichtlicher Bedeutung zu erlangen. Geht das Polen das aber nicht, dann bedeutet der Vorvertrag vom 5. August nur, daß der Entscheidungskampf zwischen Deutschland und Danzig und Polen um einige Zeit hinausgerückt worden ist. Aber auch das ist schon ein Gewinn. Denn ungelöst habe die nationalsozialistische Regierung in Danzig entsprochen, daß die Danziger Regierung ihre Offenheit zugunsten des europäischen Friedens gerade in einem Augenblick unternommen, in dem eine gemeinsame Entscheidung des Völkerverbundes im Hinblick auf die drohende. Dr. Riedel.

Wirtschaft im Osten.

Die Deutsch-Polnische Handelskammer.

Am 15. August fand im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer Breslau eine öffentliche Versammlung der Deutsch-Polnischen Handelskammer. B. Breslau-Berlin statt, in der zunächst festungsmäßig die Wahl des neuen Vorstandes für die nächste dreijährige Amtsperiode vorgenommen wurde. Zum Präsidenten wurde der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, Fabrikbesitzer Hans K r m a n n, gewählt, der seinerseits zu seinem Vertreter Bankdirektor Dr. jur. Dr. Ing. e. h. E h a n s e r, Breslau, ernannte, der das gleiche Amt auch bisher schon bekleidet hatte. Hans K r m a n n führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß vor gegenwärtig nicht abzusehen sei, wann ein umfassender deutsch-polnischer Handelsvertrag zustandekommen werde, doch man aber die Hoffnung hegen dürfe, daß unter der neuen nationalökonomischen Regierung ein Wirtschaftsvertrag einmal schneller abgeschlossen werden würde, als dies unter den früheren Regierungen möglich war. Der Präsident erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Äußerung des Reichskonkrets Adolf H i l l e r, daß auch ihm eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen sehr erwünscht erscheine, und daß ein Austausch deutscher Erzeugnisse gegen polnische Produkte, die in Deutschland nicht hergestellt werden (z. B. Karpatha), von erheblicher Bedeutung sein könne. Der Geschäftsbericht der Kammer ist von ihrem Vorsitzenden, Oberbaurat G e r h a r d t, erstattet. Danach betrug sich das Geschäftsjahr 1932 noch mehr als die vorangegangenen Jahre im Zeichen des Zollkrieges, der nunmehr das neunte Jahr besteht. Das deutsch-polnische Handelsüberkommen vom März vorigen Jahres hat zwar einige Abwehrmaßnahmen etwas gemildert, aber nicht zu verhindern vermocht, daß der beiderseitige Güterauswuchs im Geschäftsjahr über sich vermehrte in den bescheidenen Zahlen der Einfuhr aus Deutschland im Werte von 175,1 Millionen Zloty und der Ausfuhr im Werte von 175,9 Millionen Zloty ausdrückte, einen noch nie dagewesenen Eisenstand erreichte. Daß mit dieser Entwicklung auch eine gewisse Einengung der Tätigkeit der Kammer verbunden war, kann nicht übersehen werden. Selbstverständlich war die Kammer nach wie vor bestrebt, die Möglichkeiten auf die noch vorhandenen Geschäftsmöglichkeiten mit Polen hinzuwirken, ihr Hauptaugenmerk hatte sie aber darauf zu richten, die exportierenden Firmen vor Verlusten in Polen zu bewahren. Ihre Interventionen waren auch in den meisten Fällen von Erfolg begleitet. Um der Unkenntnis über die Rechtsverhältnisse in Polen zu begegnen, hat die Kammer im vorigen Jahre ein Handbuch des polnischen Rechts für den Handelsverkehr mit Polen herausgegeben, außerdem eine kleinere Broschüre über die Rechte der Ausländer im Handelsverkehr mit Polen.

Schädigung der deutschen Banken in Ostoberschlesien.

Am nationaldemokratischen „AÖK“ fand sich kürzlich eine Mitteilung, aus der hervorzuheben scheint, daß die polnische Regierung einen neuen schweren Schlag gegen die deutschen Unternehmen in Ostoberschlesien plant. Als Opfer sind diesmal die reichsdeutschen Banken ausserhalb der Silesien in dem zu Polen gekommenen Teile Ostoberschlesiens unterworfen. Das „AÖK“ beklagt sich in dem in Frage stehenden Artikel über die erheblichen Schuldverpflichtungen, die die meisten ostoberschlesischen Industriebetriebe gegenüber reichsdeutschen Banken eingegangen sind, sowie über die „übermäßigen“ Zinsen, die zu Lasten der polnischen Zahlungsbilanz für diese Schulden gezahlt werden müssen. Das Blatt läßt dann die Hoffnung durchblicken, daß die ostoberschlesische Industrie durch eine in Vorbereitung befindliche Verordnung des Staatspräsidenten, durch die eine Umgründung und Konsolidierung der polnischen Banken durch ein Dekret verfügt werden soll, von diesen Lasten befreit werden möge; das heißt auf gut Deutsch: daß durch Verordnung die Schulden, die die polnische Industrie bei den ostoberschlesischen Silesianer reichsdeutschen Banken gemacht haben, kurzerhand teilweise gestrichen werden sollen. Das ist eine sehr einfache Sanierungsmethode. Die deutschen Banken, die in dieser Hinsicht die ostoberschlesische Industrie seit der unglückseligen Kriegsende in die Welt hineingeworfen und über die polnische Seite unterstützt und ihr bisher durch ihr Entgegenkommen in E. überhaupt erst das Fortbestehen ermöglicht. Zum Dank dafür soll ihnen jetzt einfach der Anspruch auf Rückzahlung eines wohl erheblichen Teiles ihrer Aufwendungen aberkannt werden. Die Absicht, die von polnischer Seite hierbei verfolgt wird, ist: den deutschen Kapitalgebern durch eine einbüßende gesetzliche Maßnahme zu Lasten des von der polnischen Kapitalteilnahme an der ostoberschlesischen Industrie auf billige Weise zu vergrößern.

Dabei scheint man auf polnischer Seite nicht zu bedenken, daß eine solche unangenehme Abwertung der Forderungen der deutschen Banken gegen die polnischen Konzerne für Polen selbst eine wirtschaftliche Waise ist. Denn es dürfte wohl selbstverständlich sein, daß eine derartige Maßnahme den Konsumern, die sich auf ihr bedürfen den ferneren reichsdeutschen Kredit abzuwenden würde. Die fernere Entwicklung dieser Konzerne wäre damit aber

aller Voraussicht nach in Frage gestellt. Denn erfahrungsgemäß sind die polnischen Banken nicht in der Lage, die reichsdeutschen Banken als Kreditgeber der ostoberschlesischen Industrie zu ersetzen; und ebenso lehrt die Erfahrung, daß auch im Auslande keine Kredite für die dortige Industrie aufzutreiben sind — zum mindesten nicht zu den verhältnismäßig günstigen Bedingungen, zu denen die reichsdeutschen Banken für Kreditgeber bereit sind. Das Ausbleiben des deutschen Geldes würde die ostoberschlesische Industrie durch die ungewissen Entlastung durch die unangenehme Schuldumkehrung — die ewigwährende Katastrophe der ostoberschlesischen Wirtschaft bedeuten. Diese Wirtschaft lebt und fällt nun einmal mit den reichsdeutschen Krediten. Noch ein anderes ist zu bedenken: Durch den Artikel 319 des Genfer Abkommens wurde den zur Zeit der Entlassung bestehenden deutschen Bankstellen in Ostoberschlesien „die vorübergehende Fortsetzung“ erteilt, „sofern die Deckung des Kreditverhältnisses Ostoberschlesiens erforderlichen Mittel in demselben Umfang und nach denselben Grundsätzen wie bisher zur Verfügung zu stellen. Es ist also undenkbar, daß nunmehr einseitig durch eine gezielte angeordnete Schuldentilgung die Banken deshalb geschädigt werden dürfen, weil sie vor der ihr übernommenen Verpflichtung in ausreichendem Maße nachgekommen sind. Um Gegebenheit enthält das Genfer Abkommen gewisse Schutzvorschriften für die deutschen Silesianer. Im § 3 des Artikels 315 ist ausdrücklich bestimmt, daß die Bankniederlassungen in keiner Weise beschleunigt liquidiert werden dürfen, als andere inländische Banken und Bankniederlassungen. Und der Satz 2 des Artikels 316 unterlag gezielte und Vermögensmaßnahmen, die nicht zu größerer Verleumdung und in ähnlichen Umständen anderen inländischen und ausländischen Banken auferlegt werden.“ Wenn schließlich der § 1 des Artikels 317 bestimmt, daß jeder Eingriff des Staates in das Vermögen der Bank ausgeschlossen ist, so umfaßt diese Bestimmung unweifelhaft die Kreditforderungen der Banken, die den wesentlichen Teil ihres Vermögens ausmachen. Neben den wirtschaftlichen Gefahren stehen also auch die rechtlich übernommenen Verpflichtungen der Durchsicht solcher Pläne, die sie zur Zeit die polnische Regierung zu begehren, entgegen.

Karifikampf Deutschland-Polen.

Die polnische Presse beharrt seit fortgesetzt über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die durch ihre Karistikampfe nicht nur den Verkehr aus der Ostschlesien, Ungarn usw. von Östingen nach den deutschen Häfen zu hemmen. Demgegenüber ist ja nicht einmal zu bemerken, daß Stettin, Hamburg usw. schon seit vielen Generationen dem weiten, auch nichtdeutschen Hinterlande als Häfen gehandelt haben und dem erst seit einigen Jahren existierenden Östingen besteht, der Anstoß zu diesem Kampf naturgemäß nur von dem jüngeren Hagen ausgegangen sein kann. Es ist daher binzuweisen, daß Polen seit Jahren mit allen Mitteln, insbesondere auf einheimischerartiger und polnischem Gebiete besteht ist, für seinen neu errichteten Hagen Verkehr heranzugreifen, der von jeder Seite ein Weg über die deutschen Ost- und Nordhäfen genommen hat. Wenn demgegenüber die Deutsche Reichsbahn durch eine entsprechende Gestaltung ihrer Frachttarife ihren angekommenen Verkehr, den sie übrigens entgegen den unsinnigen Behauptungen der polnischen Presse niemals lobt, sondern schon im eigenen Interesse hets zur vollen Zufriedenheit der ausländischen Verkehrsbetriebe hat, für die deutschen Seehäfen und für die deutsche Schiffahrt selbstschon nicht befindet, ist sich dabei nicht im Anstich, sondern in der Abwehr. Der Karistikampf ist von polnischer Seite entsetzt worden. Seine tiefere Ursache liegt in der Rotwendigkeit, Verkehr für den Hagen Östingen zu schaffen, nachdem dieser nun einmal errichtet worden ist. Es ist völlig abwegig, den Karistikampfen der Reichsbahn politische Gründe zu unterstellen. Daß die Reichsbahn vielmehr dabei lebendig aus kaufmännischen und volkswirtschaftlichen Rücksichten gebildet hat, ergibt sich eindeutig daraus, daß auch die a. Verkehrsmittel mit der beteiligten Eisenbahnverwaltungen dem deutschen Vorgehen völlig entsprechende Abwehrmaßnahmen gegen die polnischen Karistikampfe ergreifen haben. Die deutschen Seehäfen und die deutsche Schiffahrt werden von der Reichsbahn auch für die Zukunft fördern müssen, daß sie dem Einbruch der polnischen Häfen in die durch jahrzehntelange Wirtschaftsentwicklung in die Welt hinaus in der Welt beteiligten Wirtschaft mit allem Nachdruck entgegentritt. Daher dürfte auch die von polnischer Seite angegriffene Verteilung des mitteleuropäischen Hinterlandes zwischen den deutschen und den polnischen Häfen nicht in Betracht kommen können.

Gesucht den Osten

eures Vaterlandes!

Baldur von Schirachs Werk.

Von MARGA HEGGE.

Wem geht nicht das Herz auf, wenn er die Reihen unserer braunen Jungen marschieren sieht! Den Körper gestrafft, den Blick stolz und strahlend erhoben, ein Lied auf den immer jugendfreudigen Lippen. Links, links! Sie geben ihren älteren Kameraden aus der SA, wenig nach.

Über nehmen wir uns einmal: Koch nicht allzu lange leben wie ihnen sorglos nach. Die Mauthelmorde an Norvas, Preiser und Hoffmann nehmen uns immer daran, wenn wir unsere Jungführer begegnen, doch auch aus ihrer Mitte so mancher in furchteligen Willen, in mangelhafter Erziehung für eine Idee zu streiten und zu sterben bereit war, deren Größe er nur zu ahnen vermochte.

„Da ihr noch spieltet, wurden wir Soldaten und folgten jenem, der die Fahne trägt, als ihr noch träumtet, lebten wir in Cafen und waren ganz vom Göttlichen bewegt.“

So hat es einer ausgedrückt, der selbst in frühen Jahren dabei war, und der in unermüdlichem Kampfe bewiesen hat, was willensstarke, kräftevolle und opferbereite deutsche Jugend vermag — er, der jetzt an der Spitze dieser Jugend steht:

Baldur von Schirach.

Siebzehnjährig, durch eine Rede Adolf Hitlers in Weimar bekannt, schließt er sich augenblicklich der Bewegung an. Ein Jahr später, 1925, marschiert er in der SA. Koch behandelte Kneipenprüfung hätte er für seine Aufgabe, die neue Idee in die Studentenenschaft zu tragen. (Er studierte Germanistik und Kunstgeschichte in München.) Seine offensivere Zuhörerbegehung wird von Adolf Hitler, mit dem er in ständiger Verbindung steht, erkannt — und schon 1928 erhält der Zwanzigjährige einen Ruf in die Reichsleitung der NSDAP, und die Führung der nationalsozialistischen Studentenenschaft. Baldur gibt Schirach an die Arbeit — und wie alle wissen, in wie verhältnismäßig kurzer Zeit es ihm gelingt, die gesamte Studentenenschaft unter nationalsozialistische Leitung zu bringen. Immer größer wird der Aufbruch: Zwei Jahre später begrüßen wir ihn an der Spitze der gesamten Parteijugend (Studentenbund, Schülerbund, Hitlerjugend). Und jetzt endlich 1933 als Führer der gesamten Jugend im Deutschen Reich.

Seit jener ersten Zeit des jähren Kampfes hat nicht nur die Organisationsarbeit: Witten hinein im Vorkampflärm und Aufwärtsdrängen stellen uns Schirachs Bücher und Schriften. Wie begleitende Sammelhefte mühen uns seine fruchtbarsten Werke in den Gedächtnisbänden „Seite der neuen Front“ und „Seite der Verfolgten“ an. Kurz und knapp ist seine Sprache.

Selten hat er Mühe für lange Strophen. Wir erleben uns selber in ihnen noch einmal — als damals der Ruf an jeden einzelnen von uns erging:

„In diesem Kampfe gibt es nicht um Kronen und nicht um Geld!

Dies ist die Brandung einer neuen Welt, ein heißer Krieg um Freiheit oder Fronen!“

Wir erleben und tragen die immer neuen Opfer mit: Wir hören am Grabe eines Kameraden:

„Sack! flacker! hinab in das schwarzgehende Grab, flacker! so fah! . . .“

Wie fallende Erbschollen kommen die Worte. Wir empfinden die Enge des Gefängnishofes an der einen charakteristischen Stelle: „Spaziergang nennt man diesen Ersten im Kreis.“

Wir wissen wieder unsere eigene Schwäche, unsere eigenen heißen Gedanken an den endgültigen Sieg, wenn wir die drei Quartierier an Koch Wölfl lesen, die trotz allem mit der Siegesicherheit: „Sack! Wölfl fiel, und Deutschland steht auf!“ stehen müssen. Und endlich — wer von uns sieht unsern großen Führer nicht täglich so, wie ihn Baldur von Schirach darzustellen moß:

„Das ist an ihm das Größte: daß er nicht nur unser Führer ist und vieler Held, sondern er selber: gerade, hell und schlicht, daß in ihm ruht die Würde unser Welt, und seine Seele an die Sterne streich, und er doch Mensch blieb, so wie du und ich . . .“

liberaler Erziehung und Kraft. Wie viele Werke mühen man noch anzuführen! Und schauen wir in die Zeitschriften hinein, die er für seine Jugendorganisationsarbeiten herausgab: „Der junge Nationalsozialist“, „Die deutsche Zukunft“, „Jungvolk“, „Der junge Sturmtrupp“. überall finden wir den gleichen unbedürftigen Kampf- und Slogan, jenseitig etwas gehend und jenseitig mitteilend. Aber blühtest nicht immer wieder gegen den mit Hoffmann geschaffenen „Wittdud“, Hitler wie ihn keiner kennt“, das nebst seiner Schrift „Triumph des Willens“ zu den größten Vorkampfergebnissen von 1932. In diesem Jahre brachte er „Hitlerjugend die Zukunft Deutschlands“ heraus.

Wunderbar erscheint es uns, die große Idee Adolf Hitlers von der Jugend in die Jugend hineinzutragen zu müssen — von der Jugend in die Jugend hineinzutragen zu müssen —

„Auch deine Hand ist fröhlich gemeißelt
Worte in dir den Ecken und dem Laub
und jede Dank zu Volk und Vaterland:
Ich bin bereit!“

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der Bundesführer.

Der Reichsbund der Deutscher hat seine Auflösung und zugleich seinen Übertritt in den Bund Deutscher Osten beschlossen. Zum Bundesführer für die Landesgruppe Hamburg berufe ich Pp. Walter H. in Hamburg 19, Nordstraße 4.

Zum kommissarischen Landesführer für die Landesgruppe Halle-Merseburg berufe ich Pp. Erwin Pomplun, Halle a. d. S., Herberstraße 17.

In das Bundesamt für Heimat- und Volkstumspflege wurde als Leiter der Abteilung Danzig Pp. Walter Menard in Berlin-Spandau, Anhalterstraße 151, berufen. Dr. Ulbrich.

Haas „Kurmärk“.

Titel	übertrag: 1293,45 RM.
Ortsgruppe Sorst	15,—
Ortsgruppe Oebisfelde	10,—
Ortsgruppe Dornburg II	10,—
Ortsgruppe Gönnersberg	10,—
Ortsgruppe Wölsel	5,—
Ortsgruppe Bernburg	5,—
Ortsgruppe Gelsenkirchen	5,—
Ortsgruppe Bochum	5,—
Heimatbund der Deutschen aus Dornburg und dem Umland, Berlin	5,—
Schulca Kassiba, Oebisfelde	5,—
Hermann Schön, Oebisfelde	3,—
Vandagemeister Schaeffer, Oebisfelde	3,—
Jandolke, Oebisfelde	3,—

Stand vom 23. August 1933 1377,45 RM.

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Landesführer Beer sprach vor Sudeten-Deutschen.

Der Sudeten-Deutsche Heimatbund veranstaltete am 20. d. M. im „Orpheum“ in Berlin ein großes Heimatfest, das zu einer machtvollen Kundgebung für das deutsche Volkstum im Ausland angeschlossen wurde. Ein Trachtenzug von etwa 1500 Teilnehmerinnen leitete die Kundgebung ein. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Landesführers von Bayern — Fritz des „DPO“, Pp. Hans B. — vor den Tausenden von Zuhörern den Sinn der neuen Arbeit und insbesondere die Aufgaben, die dem Bund Deutscher Osten gestellt sind, nachbrachte. Er entwarf ein erschütterndes Bild von der Zerstückelung unseres Volkstums durch die Grenzgestaltung des heutigen Europa. Von dieser politischen Katastrophe ausgehend, zog er die Folgerungen für die deutsche Öffentlichkeit. Er forderte, daß sich das deutsche Volk auf dem Gebiet zur Arbeit sammelt, auf daß die Diktate von Versailles und St. Germain zu arbeiten nicht überleben können, denn des völkischen kulturellen Zusammenhanges. Pp. Hans Beer betonte mit aller Deutlichkeit, daß dies lediglich die selbstverständliche Verteidigung sei, zu der das deutsche Volk, durch die Siegermächte gezwungen, innerlich und äußerlich der Reichsgrenzen seine Zuflucht habe nehmen müssen. Unter dem Vorzeichen der Vertreibung des „Völkischen“ stellte er fest, daß nur der Geist der sudeten-Deutschen „Völkischen“ die Verteidigung unseres Volkstums von den fremden „Völkern“ aufzunehmen ist. Um uns selbst zu erhalten, fordern wir, was allen anderen Völkern zugestimmt wird: das Recht des kulturellen Zusammenhanges des äußerlich zerrissenen deutschen Volkes. Der Bund Deutscher Osten habe die große Aufgabe, eine untrennbare kulturelle Bindung zwischen den deutschen Volksgenossen jenseits und diesseits der Grenzen und vor der Welt ein Reich eines Einheitsvolkes des Ostlandes zu schaffen, das von Königsberg bis Peking reicht. — Ein Vertreter des Bundes Deutscher Osten brachte die Verbundenheit des deutschen Ostens mit dem Schicksal des deutschen Ostens zum Ausdruck.

Ostpreußen erwartet Euch! Gesucht den deutschen Osten!

Ostdeutsche Landschaft.

Wir sind die Demut wogenerweiter Selber,
wenn harter Wind der Wüste Atem weht,
wir sind verborgene Stille beiner Wälder,
die wie ein Müdenspiel auf Wellen steht.

Wir sind die Herbeheit opferfroher Pflicht,
und unsere Pflicht, bei Gott, ist ein Gebet,
eherner Glaube, den kein Sturm verweht.

Du schenkst uns deiner Erde reifes Korn,
das wir mit harten Händen von dir mähen,
und schenkst uns des Blutes heißen Born:
wer will dich schmäh'n?

Herbert Vöhrne.

Lieder der Hitlerjugend.

Rachtmarsch.

Wir ziehen auf stillen Wegen,
Die Fahne eingerollt,
Es rinnt Jo leis der Regen,
Als wär' es Jo gewollt.

Denn wir marschieren, marschieren
In langen Reihen zu dreien,
Recht gefiert unbekannt,
Denn wir marschieren
In langen Reihen zu dreien,
Aus Not und Schmach und Schand
Zus freie Vaterland.

Der Mond hat sich versteckt
Und alles wohl bedeckt,
Die Sternelein weggedeckt
Für eine tiefe Nacht.
.; Denn wir marschieren usw. ;;

Run dämmert schon der Morgen,
Die Glocke ruft vom Turm.
Erweckt sind unsere Sorgen,
Sie ruft uns Jo zum Sturm.
.; Denn wir marschieren usw. ;;

Mein Kamerad nur Einken,
Zum Sturm die Fahne hoch,
Mach auch der Träger linksen,
Diel tausend leben noch.
.; Denn wir marschieren usw. ;;

Und einmal ist zu Ende
Die Schmach und all die Not,
Dann heben wir die Hände
Zu unserm Herrsgott.

Und wir marschieren, marschieren
In langen Reihen zu dreien,
Der Sonne zugewandt.
Und marschieren, marschieren
In langen Reihen zu dreien,
Die Fahne in der Hand
durchs freie deutsche Land.

Ortsgruppenversammlungen.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Am Freitag, dem
1. September, abends 8 Uhr,
außerordentliche Hauptversammlung im Ver-
einslokal „Köpenicker Hof“, Berlin, Kö-
penicker Straße 174.

Berlin der Kameraden des ehem. 2. Pomm.
Infant.-Regts. Nr. 15 und Kriegsformations-
ners, Berlin. (Vorsitzender: Fr. Krause,
Berlin-Reuköln, Kirchhoffstr. 24.) Regelmäßige Monatsversammlungen an jedem zweiten Mittwoch im Monat Vereinsheim „Dahnhöfer“, Friedrichstraße 71, abends 8 Uhr. Demnächstige Versammlung am Mittwoch, dem 13. September d. J. Anschriften neuer Angehörigen unjetzt ehem. Regiments dringend erbeten. Ehemalige immer herzlich willkommen. Die Feier der Wiederkehr des 40. Jahrestages der Regimentsgründung (1. Oktober 1893) findet statt am Sonnabend, dem 7. Oktober d. J., 8 Uhr abends, im Kaiserjagd des Landwehrkajinos am See.

N S B A P



Geld Lotterie

FÜR ARBEITSBESCHAFFUNG
2 8 3 0 5 8 GEWINNE U. 2 PRÄMIEN
RM

1500000
200000
100000
150000
75000

HOCHSTGEWINN
AUF EIN
DOPPELLOS

HOCHSTGEWINN
AUF EIN
EINZELLOS

HOCHSTGEWINN
AUF EIN
DOPPELLOS

HOCHSTGEWINN
AUF EIN
EINZELLOS

LOSPREIS 1 REICHSMARK

ZIEHUNG: 27. - 28. SEPTEMBER 1933

Lose der Geld-Lotterie für Arbeitsbeschaffung bei

Siwinna

Berlin W 35, Potsdamer Str. 116 a

(Edo Lügowitz.) Reichsd. Berlin 311 98. Fernsprecher: B 2, 3886.

